AZ Basel 2



Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Redaktion: A. Meyer
Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel
Erscheint wöchentlich - Basel, den 8. Mai 1954 - 54. Jahrgang - Nr. 19

Produktivität und Verteilung

Von W. P. Watkins, Direktor des Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB)

Produktivität – so hat kürzlich jemand gesagt – ist ein Geisteszustand. Der Begriff ist erst seit kurzem aus dem technischen Wörterbuch der Nationalökonomen in das öffentliche Leben übergegangen, um hier im Alltag und in der Presse eine grosse Bedeutung zu gewinnen.

Aber wenn es sich auch um eine relativ junge Bezeichnung handelt, so drückt sie doch einen alten und vertrauten Gedanken aus. Und dieser Gedanke liegt natürlich allem Wirtschaften zugrunde; man will ein grösseres oder besseres Ergebnis mit verhältnismässig geringeren Aufwendungen erzielen. Und dieses beständige kritische Abmessen von Produktion und Umsatz gegenüber Arbeitsaufwand und Aufwand an sonstigen Mitteln rechtfertigt die Vorstellung von der Produktivität als einem geistigen Zustand.

Gegenwärtig ist die Aufmerksamkeit derer, die sich mit Produktivitätsfragen befassen, mehr dem Verteilungswesen zugewandt, das als Endstadium des ganzen Produktionsprozesses gilt. Und wenn der IGB über seinen Rationalisierungsausschuss für die Warenverteilung verfügt, so hat andererseits die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) eine europäische Produktivitätsagentur und lässt durch sie Projekte ausführen, die dem Zweck dienen, die Mängel im Gross- und Einzelhandel derjenigen Länder zu ermitteln, die die Hilfe der Agentur anzunehmen bereit sind. Die meisten dieser Projekte erfordern vergleichende Untersuchungen über die alten und neuen Methoden, die in den verschiedenen Ländern angewandt werden, insbesondere Vergleiche zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Gruppen interessierter Leute werden auf Studienreisen nach Amerika gesandt; und amerikanische Sachverständige kommen nach Europa, um hier neue Methoden zu zeigen und neue Gedanken zu verbreiten. Schon hat eine Reihe von Genossenschaftern verschiedener Länder Gelegenheit zu einem solchen Besuch der USA gehabt, und viele andere werden zu den Vorführungen eingeladen werden, die dieses Jahr in Europa stattfinden. Vermutlich werden sie manche Anregung und manchen Gedanken davon mitnehmen, die unmittelbar auf ihre eigenen Notwendigkeiten und Probleme angewandt werden können. Und doch können sie als Genossenschafter jene Unterschiede in der Zielsetzung, der Motive und Methoden einfach nicht übersehen, die sie notwendig von anderen Teilnehmern dieser Vorführungen trennen müssen.

Ein Übergangsstadium

Im Verteilungswesen ergibt sich heute eine Veränderung, die etwa derjenigen vergleichbar ist, wie sie die Industrie in zahlreichen Ländern bereits erlebt hat. Diese Tendenz zur Veränderung mag eine Akzentverlagerung von der kleinen auf die grosse Unternehmung zur Folge haben. Fast überall ist der Familienbetrieb noch immer die typische Unternehmungsform. Selbst in Grossbritannien, wo es heute rund tausend Konsumgenossenschaften gibt sowie daneben noch zahlreiche Filialfirmen für Lebensmittel, Kleidung und Haushaltwaren und machtvolle Warenhauskonzerne, bestehen immer noch einige hunderttausend kleine Einzelhandelsläden, die zusammen mit Unternehmungen von weniger als neun Läden rund sechzig Prozent der gesamten Umsätze tätigen. In anderen Ländern, die weniger stark verstädtert sind als Grossbritannien, dürfte dieser Anteil noch erheblich höher sein.

Die Einführung der Selbstbedienung und des Supermarket bringt einen Umsturz im traditionellen System der Fachgeschäfte im Einzelhandel mit sich und bedeutet damit einen neuen Angriff der Grossunternehmungen auf das Bollwerk der kleinen Handelsgeschäfte. Solche Angriffe, die getragen werden von neuen technischen Methoden, Marktforschung und verschiedenen Formen der Reklame und Werbung, können, wenn diese jeweils wieder auslaufen, unter Umständen doch dazu geführt haben, dass der Kleinhandel einen geringeren Anteil an den Einzelhandelsumsätzen als vorher aufzuweisen hat.

Um die Dinge zu illustrieren: Die Erfahrung zeigt, dass die Einführung des Selbstbedienungssystems eine Senkung der Arbeitskosten pro Umsatzeinheit zur Folge haben kann; aber das geschieht meist nicht dadurch, dass nun etwa Arbeitskräfte überflüssig würden, sondern durch die Umsatzsteigerung als solche. Nimmt man an,

dass sich an der Höhe der Einkommen bzw. Preise nichts Wesentliches ändert, so kann diese Umsatzsteigerung also nur auf Kosten anderer – nämlich weniger leistungsfähigerer Unternehmungen – vor sich gehen. Die Ausbreitung der Selbstbedienung, die, um voll wirksam zu werden, grössere Läden voraussetzt und geradezu fördert, kann die bereits relativ grosse Firmensterblichkeit bei den kleinen Einzelhandelsunternehmungen noch erhöhen und damit Leute, die sonst gern einen Laden aufgemacht hätten, vom Selbständigwerden im Einzelhandel abschrecken.

Aufgaben der Genossenschaften

Gleichzeitig wird es aber auch für die Konsumgenossenschaften und insbesondere für die vielen hundert kleinen Genossenschaften, die es in zahlreichen europäischen Ländern gibt, schwierig werden, ihre Position zu behaupten. Glücklicherweise sind nun Selbstbedienung und Mechanisierung durchaus nicht die einzigen Mittel, durch die man im Verteilungswesen eine grössere Produktivität erreichen kann. Nicht nur die einzelnen Verteilungsstellen, sondern die ganze Organisation des Verteilungswesens im Einzelhandel wie in der Grosshandelstätigkeit lässt sich rationalisieren. Der föderative Aufbau der Genossenschaftsbewegung sollte es ihr gestatten, dem technischen Fortschritt ihrer grossen Konkurrenten durch Massnahmen der Konzentration und der Zusammenfassung entgegenzutreten, um so ein einfacheres und flexibleres Verteilungssystem zu erhalten, das – wo immer nur möglich – in enger Verbindung zum Produktionssektor steht.

Eine Auswirkung der Standardisierung und Vereinfachung bzw. der daraus folgenden Mechanisierung, wie sie grossbetriebliche Organisationsformen zu begleiten pflegt, ist die Tatsache, dass der Einkauf nunmehr seine persönliche Note verliert, wie ja auch die Industrie bereits diesen persönlichen Charakter längst verloren hat. Das ist natürlich nur eine Seite einer umfassenden sozialen Veränderung. Diese Veränderungen werden im Verteilungswesen möglich, sobald eine grössere Zahl von Menschen einmal in ihrem Alltagsleben und in ihrer täglichen Arbeit an ein gewisses Mass von Standardisierung und Mechanisierung gewöhnt wird. Diese Menschen begrüssen dementsprechend den standardisierten Artikel, weil er ihren persönlichen Bedürfnissen durchaus entspricht; und sie sind bereits so vertraut mit maschinellen Einrichtungen, dass sie ihre Lebenshaltung mehr oder weniger willig nach ihnen ausrichten. Die Einführung verbesserter Verteilungsmethoden mit ihren gesteigerten Anforderungen an ihre Produktivität ist weitgehend davon abhängig, inwieweit die Konsumenten bereit sind, ihre Einkaufsgewohnheiten an diese neuen Umstände anzupassen. Das ist nun eine Angelegenheit von allerhöchster Bedeutung für die Konsumgenossenschaft, in der das normale Verhältnis zwischen Käufer und Verteilungsstelle in der Mitgliedschaft seinen Ausdruck findet. Ein privatwirtschaftliches Profitunternehmen kann sich mit denjenigen Kunden zufrieden geben, die an Markenartikel «gewöhnt» sind und auf geschickte Reklamemanipulationen mit gehorsamen Einkäufen reagieren. Die Genossenschaftsbewegung ist schon auf Grund ihrer Prinzipien dazu verpflichtet, ihre Konsumenten zu erziehen; die Mitglieder sollen nicht einfach die Umstellung auf moderne Methoden passiv akzeptieren, sondern auch begreifen, was diese Veränderungen bedeuten.

Höhere Gesichtspunkte

Das ist nun natürlich ein Fall unter vielen, wo der Genossenschafter, wenn er sich neuen Verteilungsmethoden mit grösserer Produktivität gegenüber sieht, verpflichtet ist, einmal innezuhalten und die Dinge sorgfältig zu bedenken. Die Organisation des Verteilungswesens lässt sich einfach von ihrem sozialen Hintergrund nicht trennen. Amerikanische Methoden dürften dort funktionieren, wo die sozialen Verhältnisse – Lebensstandard und Lebensweise – den amerikanischen Bedingungen einigermassen nahekommen. Die Verschiedenheiten zwischen den einzelnen Ländern und ihren Konsumgenossenschaftsbewegungen, wie sie vor allem in dem Tempo der Einführung von Selbstbedienungsläden zum Ausdruck kommt, sind nicht einfach auf die Unterschiede zwischen einer fortschrittlichen und einer mehr konservativen Einstellung zurückzuführen, sondern auf eine Anzahl komplizierter sozialer Faktoren. Gesteigerte Produktivität muss daher durch Experimente erzielt werden, die in mehr als einer Richtung laufen.

Dabei müssen die Genossenschafter zweifellos die Politik verfolgen, sich an die nationalen und örtlichen Verhältnisse anzupassen, statt einfach andere Methoden zu imitieren. Sie sind einfach auf Grund ihrer Prinzipien dazu verpflichtet, das Verteilungswesen im grösseren Rahmen zu sehen als ihre Mitwettbewerber. Die Genossenschafter können das Problem der Produktivität nicht einfach nur unter dem Gesichtspunkt der Kostenverminderung, der Umsatzausweitung und der Sicherung von Überschüssen sehen. Die Geschäftstätigkeit von Genossenschaften ist – wenn sie richtig verstanden wird – nichts anderes als eine Ausweitung der Haushalts-

24. Internationale Genossenschaftsschule

Wie wir vom Internationalen Genossenschaftsbund (IGB) aus London erfahren, ist vorgesehen, die 24. Internationale Genossenschaftsschule vom

21. August bis 4. September
in der Cité universitaire von Nancy (Frankreich)

abzuhalten. Die Schule ist also zeitlich so angesetzt, dass es den Teilnehmern möglich ist, anschliessend den 10. Internationalen Genossenschaftskongress, der vom 6. bis 9. September in Paris stattfindet, zu besuchen.

In den Vorträgen und Diskussionen soll den Genossenschaftsproblemen in den unterentwickelten Ländern besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Weitere Einzelheiten über das Programm und die Kursgebühren werden wir demnächst bekanntmachen können.

wirtschaft ihrer Mitgliederfamilien. Der eigentliche Masstab für ihre Produktivität liegt daher darin, ob sie ihren vielfältigen Beitrag zu dem Wohlergehen dieser Familien leisten, deren Vertrauen ihre wichtigste Basis im Wettbewerb darstellt. Eben weil die Konsumgenossenschaftsbewegung imstande ist, die lebendige Loyalität der Konsumenten zu mobilisieren – mag sie dies auch niemals in ausreichendem Masstab getan haben –, hat sie auch die Möglichkeit, einen höheren Grad der Produktivität zu erreichen als die Privatwirtschaft. Schon ihrer Struktur nach sollte es der Genossenschaftsbewegung möglich sein, aus der Notwendigkeit der Veränderungen eine Tugend zu machen, um durch ihren inneren Zusammenhalt ihre Position als eine überlegene Form des Wirtschaftens zu wahren.

(«Internationale Genossenschaftliche Rundschau»)

Der Geschäftsleiter im genossenschaftlichen Unternehmen und die Erwachsenenbildung

II.

In den für die Geschäftsführung der Genossenschaften verantwortlichen Verwaltungsbehörden[1] findet die genossenschaftliche Demokratie ihren Ausdruck. In jeder echten Genossenschaft sind sie vorhanden, gewählt von der Generalversammlung der Mitglieder. Wir finden sie nicht allein bei unsern Konsumgenossenschaften; es gibt sie ebensogut bei den landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften, bei den Konsumgenossenschaften Konkordia, bei den Raiffeisenkassen wie bei den Bau- und Wohngenossenschaften.

In unserer Bewegung werden die Mitglieder dieser Verwaltungsbehörden aus der Mitgliedschaft gewählt als Repräsentanten der genossenschaftlich organisierten Familien. Ihre Aufgabe besteht darin, wöchentlich von den laufenden Geschäften Kenntnis zu nehmen, dem Verwalter mit Rat und Tat beizustehen, die Vorkehrungen des Verwalters zu bestätigen oder zu diskutieren, mit ihm zusammen Beschlüsse zu fassen, mit einem Wort: sich mit ihm in die Verwaltung und Geschäftsführung der Genossenschaft zu teilen.

Die Tätigkeit genossenschaftlicher Verwaltungsbehörden ist deren Funktion und Stellung nach kein Tummelplatz persönlicher Machtbefugnis, sondern Dienst an der gemeinsamen Sache und Treuhänderschaft über anvertrautes Gut.

Zuallererst in seinen Beziehungen zur Verwaltungsbehörde hat es der Geschäftsleiter eines genossenschaftlichen Unternehmens mit Erwachsenenbildung zu tun. Seine geschäftliche Erfahrung, seine wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Kenntnisse, das Wissen um seine Verantwortlichkeit müssen ihn instand setzen, bildend auf seine berufliche Umgebung zu wirken.

Seine erste und – bei aller Abneigung gegen hochtrabende Worte wagen wir zu sagen – geradezu heilige Pflicht besteht darin, dass er seine Verwaltungsbehörde vollkommen ernst nimmt.

Es ist gewiss verhältnismässig leicht, mit Geschick und Gewandtheit die Verwaltungsbehörde dahin zu bringen, wo man sie haben will. Es ist leicht, ihre Aufmerksamkeit auf bedeutungslose Kleinigkeiten abzulenken und die entscheidenden Punkte wichtiger Fragen im Dunkel zu lassen. Es ist leicht, die Dinge in einer Weise darzustellen, dass nur noch eine einzige Meinung darüber möglich ist oder durch eine bestimmte Fraktion innerhalb der Verwaltungsbehörde deren übrige Mitglieder einfach überstimmen zu lassen.

Aber eine derartig oberflächliche Behandlung der Geschäfte und die Zuflucht zu derartigen kleinen Tricks wäre des Geschäftsleiters eines genossenschaftlichen Betriebes unwürdig.

Dieser wird sich – wenn er sich seiner ganzen Aufgabe bewusst ist – vielmehr darum bemühen, jedem einzelnen Mitglied seiner Verwaltungsbehörde Würde und Bürde genossenschaftlicher Selbstbestimmung bewusst zu machen.

Ohne irgendwie abschätzig über die Mitglieder unserer genossenschaftlichen Verwaltungsbehörden zu denken, müssen wir eingestehen, dass dies keine leichte Aufgabe ist. Sie kommen, wie wir schon erwähnten, aus den Reihen unserer Genossenschaftsmitglieder und sind in den meisten Fällen für diese neue Aufgabe recht unzureichend vorbereitet. Sie bringen wohl, von Ausnahmen abgesehen, viel guten Willen, aber selten das nötige Rüstzeug an Kenntnissen auf all den Gebieten mit, mit denen die Verwaltung einer Genossenschaft vertraut sein muss: Einkauf, Verkauf, Marktlage, Preise, Besonderheiten und Methoden der Konkurrenz, Geschäftsrechnung, Rentabilitätsprobleme, Personalfragen, Psychologie der Mitglieder usw. usw. Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass die Mitglieder der Verwaltungsbehörde, wie übrigens auch der Geschäftsleiter selbst, durchaus keine Heiligen sind. Da mag einer sein, der jede speditive Arbeit hemmt oder sich vom hundertsten ins tausendste verliert, ein anderer lässt sich

[1] Je nach Genossenschaft heissen diese Behörden *Verwaltungsrat, Genossenschaftsrat, Betriebskommission* usw. oder ganz einfach *Genossenschaftsvorstand*.

von Übereifer hinreissen, ein dritter reitet sein ganz besonderes Steckenpferd und jener schliesslich hat neben tausend Vorzügen vielleicht das Laster der Überempfindlichkeit oder der Eitelkeit.

Die Verhältnisse werden also niemals so sein, wie eine unbedachte Theorie oder eine romantische Gartenlaubengeschichte sie vielleicht darstellen möchte: das Ideal eines Geschäftsleiters inmitten seiner ebenso idealen Verwaltungsbehörde. Nein, der Geschäftsleiter ist ein Mensch mit seinen Vorzügen und seinen Fehlern (und zuweilen Leidenschaften), umgeben von Behördemitgliedern mit ihren Vorzügen, mit ihren Fehlern und ihren Leidenschaften. Aber in einem unterscheidet sich der Geschäftsleiter von seinen Behördemitgliedern: Er kennt die Technik der Betriebsführung und die Probleme des Personals und er ist auf dem laufenden über das Genossenschaftswesen und die allgemein wirtschaftlichen Fragen.

Seine erste Pflicht gegenüber der Verwaltungsbehörde – um das zu wiederholen – besteht darin, dass er diese ernst nimmt. Es geht für ihn darum, aus ihren Mitgliedern in wenigen Jahren eine Einheit lückenloser und nützlicher Zusammenarbeit zu bilden. Er muss sich mit ihrer vorerst unzureichenden Vorbereitung abfinden, und er muss sie lehren, sich miteinander abzufinden; er muss ihre ersten Schritte auf einem für sie neuen Gebiet lenken, er muss sie beraten und sie in ihrer persönlichen Arbeit zur eigenen Ertüchtigung ermutigen und fördern; er muss seinen Glauben an die Genossenschaft auf sie übertragen; er muss aus Menschenliebe (denn auch in unseren Genossenschaften wird nichts gebaut, wenn nicht auf dem Grund der Menschenliebe) ihrem Bemühen die verdiente Achtung zollen und ihr Selbstvertrauen stärken.

Indem man sich selbst freigebig und freudig für andere einsetzt, kann man ihnen wirklich etwas geben; und durch Geben kommt man wunderbarerweise schliesslich zum Ernten. Welch tiefe Befriedigung und Freude wird der Geschäftsleiter einer Genossenschaft an dem Tag empfinden, da diejenigen, die er beraten hat, seine Ratgeber sein werden, da diejenigen an deren Bildung er gearbeitet hat, an ihm zu Bildnern werden, an dem Tag schliesslich, an dem sie alle zusammen genossenschaftliche Zusammenarbeit gelernt haben werden!

Jede Woche einen Abend sind in unserer Bewegung mehr als 500 Verwaltungsbehörden an der Arbeit. In ihnen sitzen Arbeiter, Bauern, Lehrer, Beamte, Richter und Advokaten, Hausfrauen und Angestellte. Diese Männer und Frauen (noch nicht genug der Frauen, aber das wird sich geben, und zwar bald) haben ihr wirtschaftliches Schicksal selber in die Hand genommen, sie arbeiten daran, sie denken darüber nach, sie erleben es. Als letztes Kettenglied und Opfer der Marktwirtschaft, welche Mittler zwischen sie und ihre eigenen Probleme eingeschaltet hat, entledigen sie sich dieser Mittler und gewinnen ihre Freiheit in der genossenschaftlichen Wirtschaftsdemokratie.

An der Bildung und Stärkung solcher Kräfte mitzuarbeiten, diese weitverzweigte Bewegung der Erwachsenenbildung zu beleben, ist das nicht eine der schönsten Aufgaben unserer Konsumverwalter? Ch.-H. Barbier.

Barometer der Wirtschaft

Die zweite Monatshälfte brachte die Publikation einer wichtigen Ziffer, die wirtschaftlich einen grossen Aussagewert besitzt. Es ist dies die Warenumsatzsteuer (Serie Nr. 28), an die wir uns trotz aller Anfechtung inzwischen wohl oder übel gewöhnt haben. Der Ertrag der Wust, soweit er im ersten Quartal 1954 eingegangen ist, erreicht fast 134 Millionen Franken. Dieses Steuerergebnis betrifft nun im wesentlichen diejenigen Umsätze, die ein Quartal zuvor getätigt worden sind – also in den letzten drei Monaten 1953 mit dem Weihnachtsgeschäft. Das hier besprochene Betreffnis ist das absolut höchste, das bisher verzeichnet worden ist. Es liegt um 9,3 Prozent über dem des vorangegangenen Quartals, und es übertrifft um 5,3 Prozent dasjenige vom Jahr zuvor (also das am ehesten vergleichbare).

In den letzten zwei Jahren war mit bemerkenswerter Regelmässigkeit der der Warenumsatzsteuer unterworfene Umsatz im vierten Quartal grösser als im dritten; im dritten grösser als im zweiten und im zweiten grösser als im ersten Vierteljahr. In den letzten drei Jahren hat die Warenumsatzsteuer jedesmal fast 20 Millionen Franken mehr eingebracht. Ein Wust-Ergebnis von 20 Millionen Franken bedeutet, grob gesprochen, einen pflichtigen Umsatz von fast einer halben Milliarde Franken. Um einen solchen Betrag also hat nun seit drei Jahren der der Wust unterworfene Warenumsatz regelmässig zugenommen. Im übrigen liegt der Wust-Ertrag der letzten vier Quartale um gut 4 Prozent über der gleichen vorangegangenen Periode; dieser Anstieg vergleicht sich mit einer Zunahme des schweizerischen Volkseinkommens um rund 3 Prozent (vgl. den Bericht über das schweizerische Volkseinkommen, SKV vom 1. Mai 1954).

Und schliesslich die Wertumsätze im Kleinhandel (Serien 23 bis 25). Die Gesamtumsätze im März waren natürlich wieder etwas grösser als im Februar. Das gilt besonders für Bekleidung, es gilt aber nicht für Nahrungs- und Genussmittel. Verglichen mit dem März ein Jahr zuvor zeigt sich eine Abschwächung. Im Berichtsmonat entfiel knapp die Hälfte (genau 48 Prozent) der getätigten Umsätze auf die Hauptgruppe Nahrungs- und Genussmittel; weitere 28 Prozent betrafen die Gruppe Bekleidungsartikel und Textilwaren; und die verbleibenden 24 Prozent der Wertumsätze wurden von den übrigen Branchen des Detailhandels gebucht, die hier nicht angeführt sind. *Economist.*

Wirtschaftsstatistische Serien	Einheit oder Basis	Monatsdurchschnitt 1951	Monatsdurchschnitt 1952	Monatsdurchschnitt 1953	Okt. 1953	Nov. 1953	Dez. 1953	Jan. 1954	Febr. 1954	März 1954
1. Lebenskostenindex	Aug. 1939 = 100	167	171	170	170	170	170	170	169	169
2. davon Ernährung	Aug. 1939 = 100	181	184	184	187	186	186	185	185	184
3. V.S.K.: Detailpreisindex total	1.9.39 = 100	181	184	180	.	180	.	.	.	.
4. dito Nahrungsmittel	1.9.39 = 100	176	179	176	.	177	.	.	.	.
5. Grosshandelsindex	Aug. 1939 = 100	227	220	213	212	212	211	213	213	214
6. Index der Einfuhr*preise*	1938 = 100	246	240	224	219	219	223	224	221	222
7. Index der Ausfuhr*preise*	1938 = 100	259	259	253	249	251	256	256	258	257
8. Fabrikateeinfuhr, Mengenindex	1938 = 100	223	191	213	237	223	259	203	213	262
9. Rohstoffeeinfuhr, Mengenindex	1938 = 100	163	144	134	150	132	143	136	116	157
10. Lebensmitteleinfuhr, Mengenindex	1938 = 100	125	114	121	126	141	140	124	103	138
11. Total Einfuhr, Mengenindex	1938 = 100	174	153	159	175	168	185	157	148	191
12. Total Ausfuhr, Mengenindex	1938 = 100	171	170	190	209	204	206	159	168	200
13. Einfuhr, total	Mill. Fr.	493	434	423	478	445	487	418	385	494
14. Ausfuhr, total	Mill. Fr.	391	396	430	476	469	479	361	391	462
15. Goldbestand	Mill. Fr.	6 001	5 848	5 999	6 092	6 092	6 086	6 084	6 131	*6 131
16. Deckungsfähige Devisen	Mill. Fr.	225	337	511	509	504	522	524	495	* 493
17. Notenumlauf	Mill. Fr.	4 420	4 596	4 784	4 943	4 993	5 229	4 904	4 911	*4 810
18. Täglich fällige Verbindlichkeiten	Mill. Fr.	1 858	1 692	1 805	1 731	1 676	1 541	1 783	1 767	*1 830
19. Stellensuchende	Anzahl	4 500	6 062	5 800	3 108	4 490	8 062	17 129	11 723	4 350
20. Ganzarbeitslose	Anzahl	3 799	5 314	4 995	2 411	3 591	7 113	15 890	10 639	3 499
21. Zigarettenproduktion	Millionen	584	624	645	703	646	628	593	554	634
22. Börsenumsätze (Zürich und Basel)	Mill. Fr.	572	669	687	756	665	814	907	870	1 175
23. Wertumsätze im Kleinhandel	1949 = 100	113	114	117	119	121	171	125	100	107
24. do. Nahrungs- und Genussmittel	1949 = 100	110	115	117	115	117	153	113	112	112
25. do. Bekleidung	1949 = 100	112	112	113	128	128	172	136	74	97
26. Schlachtungen in 43 Städten	1000 Tiere	57	62	67	62	73	82	69	68	77
27. do. Schlachtgewicht	Tonnen	5 922	6 091	6 461	6 549	7 266	7 094	6 197	6 158	7 153
28. Warenumsatzsteuer[1]	Mill. Fr.	107	114	118	.	.	122	.	.	134
29. Gesamtumsatz Postcheck	Mill. Fr.	9 244	9 672	9 902	10 455	9 675	11 960	11 545	9 291	10 017
30. davon Giroverkehr	Mill. Fr.	7 589	7 926	8 096	8 541	7 887	9 539	9 659	7 682	8 142
31. Verkehrseinnahmen der SBB	Mill. Fr.	55	56	57	60	54	54	49	50	58
32. davon Güterverkehr	Mill. Fr.	32	31	31	36	34	31	28	30	34
33. Personenverkehr SBB (Beförderte)	1000 Personen	16 792	17 736	17 314	16 986	16 657	16 262	17 340	16 664	18 180
34. Güterverkehr SBB (Beförderte)	1000 Tonnen	1 797	1 623	1 630	1 959	1 781	1 644	1 381	1 355	1 720
35. Neuerstellte Wohnungen	Anzahl	1 300	1 189	1 213	1 600	982	1 939	867	664	1 833
36. Baubewilligte Wohnungen	Anzahl	1 327	1 237	1 614	1 845	1 223	2 105	1 155	1 470	1 859
37. Inlandverbrauch elektr. Strom	Mill. kWh	803	833	859	867	867	902	917	847	.
38. Konkurseröffnungen, total	Anzahl	63	57	59	62	62	50	58	59	54
39. Landw. Produkte, Preisindex	1948 = 100	96	97	96	97	97	97	96	96	96
40. Landw. Produktionsmittel, Preisindex	1948 = 100	102	105	103	103	102	103	103	102	102
41. Moody-Index, Rohstoffpreise USA	31. Dez. 31 = 100	489	431	412	395	405	413	419	427	* 437
42. Reuter-Index, brit. Rohstoffpreise	18. Sept. 31 = 100	606	546	495	480	480	485	488	487	* 491

[1] Quartalsdurchschnitt * Am 15. April 1954

Eine Antwort – Berufliche Information – Der Fähigkeitsausweis – Ein Projekt

Die Generalversammlung des Vereins schweiz. Konsumverwalter war in ihrem lebendigen Verlauf die einzig mögliche und erwartete Antwort auf die selbstkritische Frage, mit der Direktor E. Horlacher in unserer letzten Nummer seine Verwalterkollegen in Zürich willkommen geheissen hat. Der Verein schweiz. Konsumverwalter ist wirklich nicht nur ein «Verein», sondern eine um die Durchdringung der aktuellen Probleme unserer Bewegung, die wirtschaftspolitische Information und Diskussion und die fachliche Ertüchtigung ihrer Mitglieder bemühte Arbeitsgemeinschaft, in der die Dinge beim Namen genannt werden und selbstgefällige Schönrednerei verpönt ist.

Präsident Max Sax griff in seinen Eröffnungsworten die Frage um Bestimmung und Marschroute des Verwaltervereins auf, der im Zeitalter der Spezialisierung, die auch in unserer Bewegung zu stark verzweigten Branchenvereinigungen und den entsprechenden Konferenzen von Branchenfachleuten geführt hat, zur koordinierenden Dachorganisation geworden ist, die sich mehr und mehr auch auf die ihr zwar von Anfang gesteckte, aber bisher eher vernachlässigte Aufgabe des Berufsverbandes zu besinnen hat.

Nach einigen Mitteilungen über die laufende und in Aussicht genommene Tätigkeit des Vorstandes gedenkt der Vorsitzende der beiden verstorbenen Mitglieder Ernst Sigg und Willy Kohler.

Jahresbericht und Jahresrechnung, die den Mitgliedern zugestellt worden waren, wurden nach dem Antrag der Kontrollstelle genehmigt, und dem Vorstand wurde Decharge erteilt.

Der bereits an der Jubiläumsversammlung angekündigte und begründete Antrag des Vorstandes auf Statutenänderung zur Erweiterung des Vorstandes von 9 auf 11 Mitglieder wurde ohne Opposition gutgeheissen. Die anschliessenden Wahlen bestätigten Präsident Max Sax und die übrigen acht Mitglieder des Vorstandes in ihrem Amt. Die mit der Statutenänderung beabsichtigte stärkere Vertretung der kleinen und mittleren Verbandsvereine fand in der Neuwahl von Verwalter *Steiner* (Niederurnen) und Verwalter *Cleusix* (Leytron) ihre Verwirklichung.

Die bisherige Kontrollstelle wird für eine weitere Amtsdauer bestätigt und der Mitgliederbeitrag für das laufende Jahr in seiner bisherigen Höhe belassen.

*

Dem vereinsgeschäftlichen Teil der Versammlung folgten drei von den Referenten in vorbildlicher Kürze und Konzentration gehaltene Vorträge zu aktuellen Themen:

Henri Kahn, Prokurist des VSK und Leiter der Abteilungen Zucker, Kaffee und Kolonialwaren, skizzierte in knappen, aber scharfen Strichen die Marktlage und -aussichten für die drei wichtigen Artikel Zucker, Kaffee und Reis. Verständlich, dass die Herren Verwalter den «neuen Mann» wohl gerne ein wenig aus dem Busch klopften, und noch verständlicher, dass besonders der teure Kaffee und der seit langem zum Kampfartikel gewordene Zucker dankbare Themen einer lebhaften Diskussion abgaben. Dass es unter den Konsumverwaltern Leute zu geben scheint, die vom VSK immer das Weggli und den Fünfer erwarten, sei dem Berichterstatter als völlig unmassgebliche, selbstverständlich voreingenommene und zudem höchst überflüssige Randbemerkung hierzu gütigst verziehen.

Über den Fähigkeitsausweis im Zusammenhang der gewerblichen Standespolitik sprach sodann Dr. *Walter Kehl*, Generalsekretär des VSK. Wir werden auf seinen Vortrag noch zurückkommen und begnügen uns hier mit der Feststellung, dass nach temperamentvoller Diskussion, in der auch die kampflustige Parole: «Wehret den Anfängen!» und der allerdings nicht aus dem gegnerischen Lager stammende Mahnruf: «Hütet euch am Morgarten!» nicht ohne Anklang verhallten, doch die Meinung vorherrschte, die Konsumgenossenschaften sollten sich unter den gegebenen Umständen im bevorstehenden Abstimmungskampf über das Referendum gegen die Einführung des obligatorischen Fähigkeitsausweises im Schuhmacher-, Coiffeur-, Sattler- und Wagnergewerbe einer öffentlichen Stellungnahme enthalten.

*

In einem letzten Vortrag orientierte nach dem gemeinsamen Mittagessen Dr. *Hans Dietiker*, Lehrer am Genossenschaftlichen Seminar, über das in den letzten vier Jahren um- und ausgestaltete Lehrprogramm unseres genossenschaftlichen Bildungszentrums. Diese innere Wandlung hat nun einen Neubau notwendig gemacht, für welchen nach gründlicher Vorarbeit und Prüfung, an der auch der Verwalterverein durch einen Vertreter beteiligt war, aus einem Projektwettbewerb die ausführungsreifen Pläne hervorgegangen sind. Die wichtigsten Eigenheiten und Vorzüge des künftigen neuen Seminars – nur die bauliche Auflockerung und räumliche Gruppierung in die drei Bezirke Schule, Verwaltung – Verpflegung und Wohnung sei hier erwähnt, da wir noch Gelegenheit haben werden, unsere Leser mit dem Projekt eingehend bekannt zu machen – wusste der Referent an Hand einiger Planskizzen anschaulich zu machen.

---

4 Stationen für Messebesucher

Wer von unseren Lesern am Erscheinungstag dieser Nummer oder in den folgenden zehn Tagen der Mustermesse 1954 in Basel einen kurzen oder gründlichen Besuch abstatten wird – und es werden bestimmt viele sein –, der wird nicht verfehlen wollen, bei den genossenschaftlichen Stationen – und es werden ja nur wenige sein – dieser Gesamtschau einheimischen Schaffens einen Halt zu machen.

Einen nach Lage und Ausstellgut vorzüglichen Stand hatte innerhalb der Möbelmesse seit Jahren die *Möbel-Genossenschaft*. So wird es auch diesmal sein: aber suchen Sie sie nicht am gewohnten Ort. Mit der ganzen Möbelmesse ist unsere Möbel-Genossenschaft umgezogen – welcher Branche könnte das «Zügeln» leichter fallen? –, und zwar in den Neubau, der unmittelbar nach Torschluss der letztjährigen Messe in Angriff genommen wurde und eben rechtzeitig zur diesjährigen Verwendung fertig geworden ist.

Im neuen

Stand Nr. 5700 im Neubau Halle XVII

wird unsere Möbel-Genossenschaft in diesem Jahr zwei Gesichter zeigen. Neben der «traditionellen Linie», die wie bisher von der Filiale Basel ausgestellt wird, ist diesmal – unseres Wissens von der Filiale Zürich liebevoll ausgesucht und zusammengestellt – auch die «Neue Richtung» vertreten.

Für die bei einem Messebesuch zuweilen notwendigen stärkenden Erfrischungen wenden unsere Leser ihre müden Schritte selbstverständlich zu den beiden Ständen des *ACV beider Basel*. An ihrem gewohnten Platz,

Stand Nr. 1215 in der Halle IV

steht wieder die *Milchbar*. Es lohnt sich, diese kleine Visitenkarte des gepflegten Geschäftszweiges unseres grössten Verbandsvereins aufzusuchen, auch wenn man sie – wie es dem Schreibenden meistens zu gehen pflegt – in ihrer leicht übersehbaren Ecke nicht auf den ersten Anhieb finden sollte.

Um so leichter wird der Besucher in der offensichtlich anziehendsten aller Messehallen, nun ebenfalls im schönen Neubau untergebracht, die *Kaffee- und Patisseriebar* am

Stand Nr. 6908 in der Halle XXI

finden, wenn sein Sinn nach dem erregenden Genuss des dunklen Trankes mit den von Gayelord Hauser pharisäisch verachteten Süssigkeiten steht.

*

Von besonders aktuellem technischem Interesse für viele unserer Leser, die sich gegenwärtig mit der Verbesserung bestehender oder der Einrichtung neuer Lagerhäuser und der Rationalisierung der betrieblichen Transportmittel zu befassen haben, werden die am

Stand Nr. 3371 in der Halle IX

in grosser Auswahl ausgestellten und praktisch demonstrierten vielseitigen Industriefahrzeuge und Transportmittel der *Schweizerischen Industriegesellschaft, Neuhausen*, sein. Besondere Beachtung verdienen neben den verschiedenen «SIG-Liftern» auch die neuentwickelten Behälter, Pallets, Lagergestelle in Verbindung mit moderner Arbeitsgestaltung.

Bibliographie

LUWA-norm-Mitteilung Nr. 30, 1954. Firmenzeitschrift der LUWA AG und METALLBAU AG Zürich.

Der Leitartikel bringt einen reich illustrierten Bericht über die neuartige Klimaanlage JETTAIR, mit welcher bereits ein modernes Verwaltungsgebäude ausgerüstet wurde. JETTAIR verbindet danach die Annehmlichkeiten einer neuzeitlichen Klimaanlage mit einer Reihe zusätzlicher Vorteile: ideale Luftverteilung, der «Luftvorhang» vor den Fenstern, leichte Einbaumöglichkeit und die individuelle Temperaturregulierung für jeden Raum. Im weitern enthält die Zeitschrift eine Reportage der Metallbau AG, in der sie verschiedene Kunden über ihre Erfahrungen mit «norm»-Lamellenstoren befragt. Ein Architekt, ein Arzt, ein Hoteldirektor sowie Persönlichkeiten der Industrie geben in Interviews ihren Auffassungen Ausdruck. Auf den folgenden Seiten sind die beiden neuen Storentypen «normatic und «normaroll» behandelt. Ein weiterer Beitrag ist einem neuen Rostschutzmittel für «norm»-Bauteile gewidmet. Daneben findet man Illustrationen einer Serie fahrbarer «norm»-Werkzeugschränke sowie Bilder vom Werkbesuch einer Hochbauklasse des Technikums Burgdorf.

Die Zeitschrift wird den Interessenten gratis zugestellt.

Jedem Schweizer 31 «Energiesklaven»

Das Komitee für Energiefragen im Schweiz. Nationalkomitee der Weltkraftkonferenz hat kürzlich in einer gründlichen Studie eine Übersicht über den gesamten Energieverbrauch der Schweiz ausgearbeitet, der manche interessante Angabe entnommen werden kann. Man spricht heute etwa vom Zeitalter der Energie. Um ein klares Bild zu erhalten, welche Rolle die Energieversorgung für jeden von uns spielt, muss man sich vergegenwärtigen, wieviel Nutzenergie (das heisst Licht, Kraft, Wärme usw.) insgesamt pro Kopf der Bevölkerung in der Schweiz verbraucht wird. Dabei sind Kohle, flüssige Brennstoffe, Holz, Torf, Holzkohle, Gas und Elektrizität berücksichtigt.

Im Jahre 1910 wurden pro Kopf der Bevölkerung 3049 Kilowattstunden Energie (Kohle, Öl, Holz, Gas, Elektrizität) verbraucht. Bis 1951 stieg diese Energiemenge auf 6446 Kilowattstunden. Auf jeden Schweizer entfällt also heute mehr als doppelt soviel Energie wie vor 40 Jahren.

Die Steigerung des Nutzenergieverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung ging von 1910 bis heute nicht geradlinig vor sich. Vor allem die beiden Weltkriege brachten empfindliche Rückschläge und zum Beispiel im Jahre 1944 waren wir auf den Stand von 1925 zurückgeworfen, und erst 1947 waren wir wieder dort, wo wir 1939 gewesen waren.

Um sich eine Vorstellung zu machen, welch unerhörte Möglichkeiten die Nutzbarmachung der Energie uns heute bietet, kann man eine kleine Rechnung vornehmen. Die durchschnittliche menschliche Muskelkraft entspricht einer Leistung von 85 Watt. Rechnet man mit dreihundert achtstündigen Arbeitstagen, so würde das bedeuten, dass ein Mensch im Jahr eine Energiemenge von 204 Kilowattstunden körperlich leisten könnte. Rechnet man die 6446 Kilowattstunden Gesamtenergie, die pro Kopf der Bevölkerung jährlich verbraucht werden, auf dieser Grundlage um, so heisst das, dass für jeden Schweizer 31 «Energiesklaven» arbeiten. Wenn auch dieser Vergleich mit Vorsicht und Humor genossen werden muss, so gibt er doch einen kleinen Hinweis darauf, dass unser heutiger Lebensstandard mit all seinem Komfort und seiner Vielzahl hochentwickelter Güter nur dank dem gewaltigen Einsatz und der Dienstbarmachung der Energiequellen möglich ist, die uns die Natur bietet.

Zur Ergänzung sei noch beigefügt, dass heute nahezu ein Viertel der gesamten zur Verfügung stehenden Energie auf die Elektrizität entfällt.

Für ein landwirtschaftliches Produktionsprogramm

Der Grosse Vorstand des Schweiz. Bauernverbandes forderte in seiner letzten Sitzung, dass die Behörden gestützt auf das Landwirtschaftsgesetz so rasch als möglich die Voraussetzungen schaffen für die Durchführung des vom Bauernverband bereits nach dem Krieg zur Diskussion gestellten Produktionsprogrammes, das bekanntlich auf einer maximalen Anbaufläche von 300000 ha basiert. Der Verbandspräsident, Nationalrat *R. Reichling* (Stäfa), begründete in seinem Eröffnungswort diese Forderung wie folgt:

«Seit dem 1. Januar 1954 sind mit dem Landwirtschaftsgesetz die wichtigsten und dringendsten Ausführungserlasse in Kraft. Leider hat dieser wichtige Markstein in den Bestrebungen um die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft bis heute die Lage der schweizerischen Landwirtschaft nicht zum Bessern zu wenden vermocht. Der definitive Text dieser Erlasse kann nicht durchwegs befriedigen. Eine schwere Enttäuschung hat vor allem die endgültige Fassung des Rebstatutes gebracht. Die Tendenz, mit Hilfe des Rebstatutes eine Drosselung des schweizerischen Weinbaues einzuleiten und durchzusetzen, eine Tendenz, die die Weinbauern während der ganzen Beratung des Rebstatutes aufs heftigste bekämpften und ablehnten, hat nun doch im endgültigen Text ihren deutlichen Niederschlag gefunden. Der Rückgang der Rebfläche und damit des Winzerstandes von 33 000 ha auf 13 000 ha soll mit Hilfe des Rebstatutes verstärkt weitergetrieben werden. Die Priorität in der schweizerischen Weinwirtschaft soll nach wie vor dem Fremdwein zukommen. Der Koordinationsausschuss für Weinfragen des Schweiz. Bauernverbandes wird sich demnächst mit dieser für die Landwirtschaft unannehmbaren Situation befassen und über Abwehrmassnahmen beraten. Aber auch auf den andern Gebieten unserer landwirtschaftlichen Produktion berechtigen die Annahme und Inkraftsetzung des Landwirtschaftsgesetzes für die nächste Zukunft nicht zu Hoffnungen auf eine Herabsetzung des unhaltbaren wirtschaftlichen Druckes, welcher heute auf der Landwirtschaft lastet.

Eine spürbare und nachhaltige Besserung kann nach Auffassung von Nationalrat Reichling nur von einer neuen, revidierten Planung unserer Volkswirtschaft erwartet werden. Die schweizerische Landwirtschaft ist heute einem unerträglichen Druck von Seite der ein gesundes Mass überbordenden Exportwirtschaft ausgesetzt. Die Landesbehörden werden sich im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung so rasch als möglich darüber schlüssig werden müssen, ob und wo sie den Rückgang unserer Landwirtschaft zum Stillstand bringen wollen.

Die Voraussetzungen für einen solchen Schritt sind mit dem Landwirtschaftsgesetz geschaffen worden. Es handelt sich jetzt nur noch darum, das geschaffene Gesetzeswerk zur Ausführung zu bringen. Es geht nicht an, und die Landwirtschaft versteht es nicht, wenn ihr ein-

seitig Vorwürfe gemacht werden wegen zunehmender viehwirtschaftlicher Produktion und demgegenüber immer noch mehr Rebland in Grasland übergeführt werden muss, wenn weiter die Ausdehnung der Hackfruchtfläche – insbesondere der Anbau von Zuckerrüben, Raps und Gemüse – behindert und die Verwertung von Tafelobst und Beeren durch eine liberale Handelspolitik erschwert oder gar verunmöglicht wird. Es muss dem Schweizerbauern, der auf kleinen und mittleren Betrieben mit verhältnismässig grossem Kapitalaufwand zu arbeiten gezwungen ist, Gelegenheit zu intensiver Betriebsweise geboten werden.

Es ist eine Produktionsstruktur der schweizerischen Landwirtschaft anzustreben und zu ermöglichen, die den in- und ausländischen Marktverhältnissen entspricht.

Die Landwirtschaft verlangt mit dieser Forderung nur das, was ihr das Landwirtschaftsgesetz und seine Ausführungsbestimmungen zu bieten verspricht.

Was den unerhörten wirtschaftlichen Druck anbelangt, der heute – im Zeitpunkt einer ausgesprochenen Hochkonjunktur – auf der Landwirtschaft lastet, so ist hinzuweisen auf die Fahrhabesteigerungen wegen Aufgabe der Landwirtschaft, auf die Abwanderung aus der Landwirtschaft, auf den Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung und die Zunahme der landwirtschaftlichen Verschuldung. Dazu verstärkt sich vom Ausland her der Druck für eine weitere Ausdehnung der Liberalisierung bei den Agrarerzeugnissen, welche dort zu einem Bruchteil der bei uns gegebenen Kosten erzeugt werden können. Diesen für die schweizerische Landwirtschaft unhaltbaren Verhältnissen kann nur durch ein schweizerisches Agrarprogramm, durch einen Produktionsplan wirksam entgegengetreten werden – im Sinne eines «Plan pour l'avenir» gemäss dem Postulat Barrelet. Der Schweiz. Bauernverband verlangt ein landwirtschaftliches Produktionsprogramm, das eine gedeihliche Existenz der Landwirtschaft gewährleistet und von den Behörden die notwendige Unterstützung geniesst.

Nationalrat Reichling schloss seine Eröffnungsworte mit dem dringenden Wunsche, dieser Appell möge bei den zuständigen Behörden nicht ungehört verhallen in der Hoffnung, dass in sinngemässer Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes dessen Zielsetzung: Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft nicht toter Buchstabe bleibe, sondern in nützlicher Frist verwirklicht werden möge. L. I.

Kreiskonferenzen

Frühjahrskonferenz des Kreises IXa in Schwanden

Am Sonntag, den 26. April, haben die Konsumvereine des Kreisverbandes IXa in Schwanden ihre Frühjahrskonferenz abgehalten. Kreispräsident Rudolf Störi konnte die stattliche Anzahl von 67 Vereinsdelegierten und drei Vertretern des VSK sowie eine Vertreterin des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz begrüssen. Ein besonderer Gruss galt dem Referenten, O. Rüfenacht, von der VSK-Direktion, der unsere Kreisversammlung zum erstenmal besuchte. In seiner Eröffnungsansprache vermittelte der Präsident einen kurzen Überblick über die weltpolitischen Ereignisse, die wirtschaftliche Lage und deren Rückwirkungen auf unser Land.

Über die Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung ist zu berichten, dass die Umsätze im letzten Jahr sowohl beim VSK wie auch bei den Vereinen in unserem Kreis weiter angestiegen sind. Der Kreis IXa hat vom VSK im Jahre 1953 für über 322000 Franken mehr Waren bezogen als im Vorjahr. Von insgesamt 31 Vereinen haben deren 21 grössere Warenbezüge aufzuweisen. Der Präsident ersucht die Delegierten, treu zum Verband zu halten, der den Vereinen in mannigfacher Hinsicht vorzügliche Dienste leistet.

Aus der Tätigkeit des Kreisverbandes ist vor allem die rege Unterstützung der beruflichen Ausbildung unseres Personals zu erwähnen. Es wurden Kurse vor allem für Verkaufs- und Warenkunde durchgeführt.

Drei treue und verdiente Genossenschafter haben im vergangenen Jahr von uns Abschied genommen. In Siebnen alt Kantonsrat Jean Schnyder, in Netstal Jean Schuler, Vertreter der Coop-Lebensversicherung, und in Neuhaus Albert Brändli. Die Delegierten erweisen ihnen die verdiente Ehrung.

Die Erledigung der Traktanden geht fliessend vorwärts. Jahresbericht und Rechnung unseres Kreises werden genehmigt. Auf Antrag der Revisoren werden die Entschädigungen an Präsident, Kassier und Aktuar um 100% erhöht, trotz eines Rückschlages in der Rechnung, der allerdings auf ausserordentliche Aufwendungen zurückzuführen ist.

Aus den sehr interessanten Ausführungen von Direktor O. Rüfenacht über Jahresbericht und Jahresrechnung 1953 des VSK und die Traktanden der Delegiertenversammlung in Interlaken entnehmen wir:

Die Behauptung, der VSK habe für die Abstimmungskampagne vom 6. Dezember 1953 300000 Franken geopfert, ist reine Erfindung.

Die Frage der Besteuerung der Genossenschaften wird nun einmal gründlich abgeklärt werden müssen. Auf Grund der Motion Piller im Ständerat wurde eine neutrale Expertenkommission gebildet, die zu untersuchen hat, in welchem Verhältnis die Steuerleistungen von Privatbetrieben, Aktiengesellschaften und Genossenschaften stehen. Die andauernden Vorwürfe, dass die Genossenschaften weniger Steuern zu bezahlen hätten als private Betriebe im Detailhandel, müssen energisch zurückgewiesen werden. Im Jahresbericht des VSK sind Berechnungen enthalten, die klar beweisen, dass die Konsumgenossenschaften nicht nur keine Steuerprivilegien geniessen, sondern sogar noch mehr Steuern

bezahlen! Zu diesen realen Faktoren kommt noch die Steuermoral. Unsere Betriebe sind verpflichtet, öffentlich Rechnung abzulegen, so dass die Steuerbehörden eine genaue Taxation vornehmen können. Anderseits zeigt aber die Einsichtnahme in die Steuerregister die sehr oft ganz kläglichen Steuerleistungen privater Detailbetriebe.

Zur Jahresrechnung des VSK gibt der Referent einige Erläuterungen.

Die Frage der Neugestaltung der VSK-Delegiertenversammlungen wird gegenwärtig geprüft. Die Zahl der Delegierten wird immer grösser, so dass nur noch wenige Orte für die Durchführung in Frage kommen.

Im heutigen Konkurrenzkampf haben wir uns vor allem mit der Leistungssteigerung zu befassen. Die neuen Bedienungsformen werden immer mehr auch auf dem Land heimisch. Die Einrichtung von Selbstbedienungsläden ist fast zwar durchwegs teurer, und an vielen Orten fehlen leider die Mittel, die Läden nach modernen Linien aus- oder umzubauen; dagegen werden immer noch zum Teil sehr hohe Rückvergütungen ausbezahlt.

Die Revision unserer Statuten hat eine rege Diskussion zur Folge. Insbesondere gibt Art. 9 über die Zusammensetzung des Vorstandes viel zu reden. Es wird beschlossen, die Zahl der Vorstandsmitglieder von 7 auf 9 zu erhöhen. Mindestens eine Genossenschafterin muss nach den neuen Statuten dem Kreisvorstand angehören. Desgleichen muss das VSK-Verwaltungsratsmitglied unseres Kreises auch dem Kreisvorstand angehören. Als weitere Neuerung wird in den Statuten verankert, dass der Kreisverband bei der Gründung einer Frauengruppe im Kreis einen Beitrag von 25 Franken leistet. Ferner soll an jede Herbstkonferenz je eine Delegierte der Frauengruppen im Kreis IXa auf Kosten der Kreiskasse eingeladen werden. Das wird nun zweifellos eine neue Note in unsere Konferenzen bringen. Der Kreisverband hat durch die Beschlüsse dieser Konferenz in Schwanden der konsumgenossenschaftlichen Frauenbewegung die Türe geöffnet, und an den Genossenschafterinnen ist es nun, davon Gebrauch zu machen. E. Sp.

Genossenschaftliche Zentralbank

Quartalsbilanz per 31. März 1954

Aktiven		Fr.
Kasse, Giro- und Postcheckguthaben		11 779 305.37
Coupons		208 679.45
Bankendebitoren auf Sicht		10 506 951.52
Andere Bankendebitoren		3 000 000.—
Wechsel		40 163 860.80
Reports und Vorschüsse auf kurze Zeit		1 124 944.60
Kontokorrentdebitoren ohne Deckung		4 292 588.97
Kontokorrentdebitoren mit Deckung		65 835 201.25
davon gegen hypothekarische Deckung	32 747 443.40	
Feste Vorschüsse und Darlehen ohne Deckung		303 422.40
Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung		6 160 358.92
davon gegen hypothekarische Deckung	2 557 052.—	
Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentlichrechtliche Körperschaften		153 482.—
Hypothekaranlagen		146 982 940.26
Wertschriften und dauernde Beteiligungen		62 996 613.70
Bankgebäude		1 600 000.—
Andere Liegenschaften		—.—
Sonstige Aktiven		1 358 871.74
Nichteinbezahltes Kapital		—.—
Debitoren aus Kautionen	4 941 715.45	
	Bilanzsumme	356 467 220.98

Passiven		Fr.
Bankenkreditoren auf Sicht		9 685 238.40
Andere Bankenkreditoren		12 013 722.25
Checkrechnungen und Kreditoren auf Sicht		70 444 140.14
Kreditoren auf Zeit		31 529 616.68
Depositenhefte		126 282 705.36
Kassenobligationen		45 103 500.—
Pfandbriefdarlehen		27 000 000.—
Checks und kurzfristige Dispositionen		99 343.—
Tratten und Akzepte Total	10 050 000.—	
hiervon nicht in Zirkulation	10 050 000.—	—.—
Hypotheken auf eigenen Liegenschaften		1 000 000.—
Sonstige Passiven		3 389 233.72
Anteilscheinkapital		22 893 000.—
Reserven		6 500 000.—
Saldovortrag		526 721.43
Kreditoren aus Kautionen	4 941 715.45	
	Bilanzsumme	356 467 220.98

KREIS VIII (Kantone Appenzell, St. Gallen und Thurgau)

Einladung zur Frühjahrskonferenz

auf Sonntag, 9. Mai 1954, 9.30 Uhr, Bahnhofbuffet Herisau.

TRAKTANDEN:

1. Appell.
2. Protokoll.
3. Jahresbericht des Kreisvorstandes und Mitteilungen.
4. Jahresrechnung des Kreises VIII und Revisionsbericht.
5. Vergabungen:
   a) Genossenschaftliches Seminar Freidorf: Fr. 500.—;
   b) Genossenschaftlicher Frauenbund der Schweiz: Fr. 200.—;
   c) Kinderheim Mümliswil: Fr. 100.—;
   d) Patenschaft Co-op Basel: Fr. 50.—.
6. Besprechung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung des V. S. K. pro 1953 sowie Behandlung der Traktanden der Delegiertenversammlung des V. S. K. vom 12./13. Juni 1954 in Interlaken.
   Referent: Herr Nationalrat E. Herzog, Direktionspräsident des V. S. K.
7. Bestimmung des nächsten Konferenzortes und Verschiedenes.

Mit genossenschaftlichen Grüssen:

Der Kreisvorstand.

Arbeitsgemeinschaft der Konsumgenossenschaften mit Spezialläden

Branchentagung: Haushaltungsartikel

Freitag, 14. Mai 1954, 10.15 Uhr, im Restaurant Rialto am Viadukt, Basel (vom Ausgang Bahnhof direkt links an der Markthalle vorbei, erreichbar in 5 Minuten)

TRAKTANDEN:

1. Begrüssung durch ein Mitglied des Vorstandes.
2. Referat über Sortiment und Preisfragen, Feststellungen an den Messen.
3. Referat von Herrn Künzler, Bern, über Haushaltwarenverkauf in Selbstbedienungsläden, Super-Market usw.
4. Diskussion;
   Umfrage.

etwa 12.30 Uhr gemeinsames Mittagessen daselbst.

Eingeladen sind alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Konsumgenossenschaften mit Spezialläden. Zirkulareinladungen erfolgen Ende April/Anfang Mai.

**Arbeitsgemeinschaft
der Konsumgenossenschaften
mit Spezialläden**
Der Präsident: J. Gauer

Die Mitglieder sind dringend gebeten, sich für die Teilnahme beim Lagerhaus 6 anzumelden.

Verbandsdirektion

Dienstjubiläum

Am 6. Mai 1954 feierte Herr *Ernst Mäder*, Schriftsetzer in der Buchdruckerei, das Jubiläum seiner 25jährigen Tätigkeit im V. S. K.

Wir gratulieren dem Jubilar herzlich und danken ihm bestens für seine langjährige, treue Mitarbeit.

Genossenschaftliches Seminar
(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar wurde überwiesen:
Fr. 10 000.— von der Schuh-Coop, Basel
Diese Vergabung wird hiermit bestens verdankt.

INHALT: *Seite*